

Aus der Verbandszentrale

Vereinbarkeit nachhaltig gestalten - Gendergerechte Familienarbeit und Karrierechancen

Anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März kritisiert IN VIA Deutschland, dass Frauen nach wie vor in ihren Berufsbiografien strukturell benachteiligt sind. Sie haben ein eingeschränktes Berufswahlspektrum, sie tragen oft die Hauptverantwortung für die Familienarbeit und sie verdienen weniger. So sind Frauen in den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen mit 77 Prozent überrepräsentiert. Hier sind Bezahlung und Aufstiegschancen in der Regel schlecht. Die Rahmenbedingungen in diesen Berufen sind dringend zu verbessern.

Eine amerikanische Untersuchung deckt auf: Auch zehn Jahre nach der Geburt ihres Kindes verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 61 Prozent weniger als im Jahr vor der Geburt. Sie übernehmen nach wie vor den Großteil der Familienarbeit. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Sorge- und Erziehungsarbeit bis in die Alterssicherung hinein zum Nachteil von Frauen gerät. Und schon gar nicht darf sie in die Altersarmut führen“, fordert Irme Stetter-Karp. „Sorge- und Erziehungsarbeit muss endlich bei der Bemessung von Rentenansprüchen angemessen berücksichtigt werden“.

Pressemeldung im Wortlaut unter: <http://www.invia-deutschland.de/pressemitteilungen/vereinbarkeit-nachhaltig-gestalten/1414727/>

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Landesverband Bayern

IN VIA Bayern zum Weltfrauentag 2019: Abschiebestopp für Opfer von Menschenhandel

München, 3. März 2019. Zum Weltfrauentag 2019 hat IN VIA Bayern

Kirche & Gesellschaft

Offener Brief an Papst Franziskus

Die Initiative Maria 2.0 hat aus Anlass des Sondergipfels zum Thema der sexualisierten Gewalt in der Kirche einen Brief an Papst Franziskus verfasst. Begründung: „Aufgrund der bekannten und unbekannt massenweisen sexuellen Gewalt durch Amtsinhaber der katholischen Kirche sehen wir uns zum Handeln aufgefordert. Wir glauben, dass die Struktur, die Missbrauch begünstigt und vertuscht auch die ist, die Frauen von Amt und Weihe und damit von grundsätzlichen Entscheidungen und Kontrollmöglichkeiten in der Kirche ausschließt.“ Diesen offenen Brief können Sie bis zum 18. Mai 2019 unterzeichnen: <https://weact.campact.de/petitions/offener-brief-an-papst-franziskus-anlass-des-sondergipfels-uber-missbrauch-in-der-kirche>

Deutsche schätzen soziale Realitäten häufig falsch ein

Dass die eigene Wahrnehmung oftmals nicht mit der Realität übereinstimmt, belegt die Studie des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos. In 37 Ländern schätzten Personen aktuelle Zahlen zur Bevölkerungsstruktur und gesellschaftsrelevanten Themen. In Deutschland ist die Wahrnehmung der Befragten, dass jeder fünfte Bundesbürger/jede fünfte Bundesbürgerin ein Muslim/eine Muslimin (21 %) ist. Der tatsächliche Anteil an Muslimen und Musliminnen an der Gesamtbevölkerung entspricht lediglich vier Prozent. Das Ausmaß sexueller Belästigung von Frauen wird hingegen massiv unterschätzt. Sechs von zehn deutschen Frauen (60 %) geben an, seit ihrem 16. Lebensjahr irgendeine Form sexueller Belästigung erfahren zu haben. Die Einschätzungen der Teilnehmenden der Befragung liegen bei 37 %. Selbst weibliche Befragte lagen bei 40 %. Die Ergebnisse können Sie nachlesen unter: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-01/ipsos-pi_perilsofperception_jan2019_final.pdf

Mehr Zuwanderung nötig

Rente, Pflege, Demografie, Arbeitsmarkt erfordern mehr Zuwanderung. Die Bertelsmann-Stiftung legt neue Berechnungen vor. Wenn Deutschland ernsthafte Probleme vermeiden will, müssen bis 2060 jedes Jahr 260.000 Menschen mehr ein- als auswandern. Die Forscher/-innen erwarten im Schnitt ein Plus von 114.000 Einwanderer und Einwanderinnen aus der EU. Aus Drittstaaten müssten also jedes Jahr mindestens weitere 146.000 mehr Menschen nach Deutschland ziehen als fortgehen. Ohne Zuwanderung und bei konstanter Erwerbsbeteiligung würde das Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2060 auf 31 Millionen schrumpfen. Zu erreichen sei die nötige Zuwanderung nicht nur durch ein attraktives Einwanderungsrecht. Wichtig sei auch die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Vielfalt, heißt es in der Studie. Deutschland braucht eine gesellschaftliche Offenheit für Eingewanderte. Die Bertelsmann-Studie Digitalisierung und Zuwanderung finden Sie unter: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/februar/deutscher-arbeitsmarkt-auf-aussereuropaeische-zuwanderung-angewiesen/>

Qualifizierung & Ausbildung

Betriebe ohne Azubis, Jugendliche ohne Ausbildungsstellen - Ausbildungsmarkt in der Krise?

Das Bundesinstitut für Berufsbildung legt Ergebnisse des Forschungsprojekts

mehr Unterstützung für Migrantinnen und Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus bei der Integration in Deutschland gefordert.

„Frauen, die aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland zugewandert sind, sind in vielfältiger Weise bei der Integration benachteiligt und brauchen deshalb Beratung, Begleitung und die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft“, sagt die Landesvorsitzende von IN VIA Bayern, Adelheid Utters-Adam: „Nur wer seine Rechte und Möglichkeiten kennt, kann sich dafür einsetzen.“

Frauen brauchen Beratung, wenn ihr Aufenthaltsstatus vom deutschen Ehemann abhängig ist und sie verlassen werden oder Gewalt erfahren. Oder wenn man sie in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zwingt. Ein besonderes Augenmerk verdienen Frauen, die unter Vor Spiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt und Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution wurden. Falls sie nicht aus europäischen Ländern stammen, verfügen sie teilweise über keine Aufenthaltsgenehmigung oder die Täter statten sie mit gefälschten Ausweispapieren aus, wodurch sie sich strafbar machen.

Manch andere werden von den Tätern mit gefälschten Ausweispapieren ausgestattet, wodurch sie sich strafbar machen.

„Für sie fordern wir einen Abschiebestopp“, erklärt Utters-Adam, denn diese Frauen brauchen eine Zukunftsperspektive, um sich ein Leben in Deutschland oder ihrem Heimatland aufbauen zu können.

Lesen Sie hier die komplette Stellungnahme:

<https://www.invia-bayern.de/aktuelles/31-aktuelles-iv-2018/228-mehr-unterstuetzung-fuer-migrantinnen-gefordert.html>

„Bildungsorientierungen und -entscheidungen Jugendlicher im Kontext konkurrierender Bildungsangebote“ vor. Hintergrund des Projektes ist, dass Ausbildungsplatzsuchende Jugendliche und Ausbildungsplatz anbietende Betriebe seltener als früher zusammenfinden. Rund 400 Experten und Expertinnen der beruflichen Bildung wurden befragt, u. a. aus Betrieben, Kammern, Gewerkschaften, Wissenschaft, Bildung und Verwaltung sowie erstmalig auch aus allgemeinbildenden Schulen. Untersucht wurden Ursachen und Lösungsvorschläge zu den Themenfeldern Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt sowie Berufsorientierung von Jugendlichen.

Die Qualität der Ausbildung sowie das Image der beruflichen Bildung müsse aufgewertet werden, um Berufe mit Besetzungsproblemen attraktiver zu machen. Junge Berufswähler/-innen müssen realistischere Vorstellungen von Ausbildungsmarkt und Ausbildungsberufen entwickeln können. Dies müsse verstärkt in die Berufsorientierung an Schulen eingebettet werden. Auch könnte das Thema Berufsorientierung in der Lehrerausbildung verankert werden.

(Quelle: BIBB)

Weitere Details erhalten Sie hier:

https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_Ergebnisbericht_EM-2018_Ausbildungsmarkt_BO_20_12_18ab.pdf

Zuwanderungsmonitor Februar 2019

Im Januar 2019 wurden knapp 14.500 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der neu gestellten Asylanträge steigt damit im Vergleich zum Vorjahresmonat um 13 Prozent. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung lag im Dezember 2018 bei 12,1 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,4 Prozentpunkte gesunken. Die Beschäftigungsquote der ausländischen Bevölkerung ist insgesamt um 2,9 Prozentpunkte gestiegen, die der EU-Staatsbürger ebenfalls um 2,9 Prozentpunkte.

Die SGB-II-Hilfequote der ausländischen Bevölkerung insgesamt lag im November 2018 bei 20,2 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozentpunkte gesunken. Die Beschäftigungsquote von Menschen aus Kriegs- und Krisenländern belief sich im Dezember 2018 auf 32,4 Prozent. Sie ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,5 Prozentpunkte gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Arbeitslosenquote um 7,2 Prozentpunkte auf 33 Prozent gesunken. (Quelle: IAB)

http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_1902.pdf

Kooperationen in Jugendberufsagenturen – Schnittstellen in der Sozialpolitik: Beratung und Hilfe aus einer Hand

Viele junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf werden in der Sozialpolitik von mehreren Akteuren betreut. Die relevantesten Rechtskreise, die hier zuständig sind, sind das SGB II (Grundsicherung), das SGB III (Arbeitsförderung) und das SGB VIII (Jugendhilfe). Zur besseren Verzahnung dieser Schnittstellen wurden Jugendberufsagenturen eingerichtet, für die es jedoch kein einheitliches Konzept gibt, so dass jede Agentur andere Kooperationspartner, Strukturen zur Zusammenarbeit und Organisationsformen aufweist. Das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen hat in einer Studie anhand der beteiligten Jugendberufsagenturen die unterschiedlichen Organisationsformen untersucht und die Erfahrungen in der Zusammenarbeit der drei Rechtskreise beleuchtet.

(Quelle: LAG KJS NRW, Pressemeldung des Instituts Arbeit und Qualifikation)

der Universität Duisburg-Essen, IAQ)

Den Report dazu erhalten Sie auf der Webseite des IAQ unter:

<http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/presse.php?pm=20190214>

Aus dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Ansätze und Überlegungen aus Sicht des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit für eine Reform des SGB VIII

Nachdem der 2015 angestoßene Reformprozess für das SGB VIII in der letzten Legislaturperiode gescheitert ist, wurde 2018 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein neuer, breit angelegter Dialogprozess für eine Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe aufgesetzt. Seit diesem Jahr wird die Fachwelt in einen breit angelegten Dialog- und Beteiligungsprozess um eine Reform des Kinder- und Jugendhilferechts einbezogen, der bereits 2019 abgeschlossen werden soll. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat angesichts dieses straffen Zeitplans seine Überlegungen zu einem neuen SGB VIII dargelegt. Er fordert einen inklusiven Ansatz, der als Grundsatz im § 1 SGB VIII formuliert und verankert werden sollte. Zudem äußert er sich neben der Ausgestaltung § 13 SGB VIII, Jugendsozialarbeit, zu Leistungen und Struktur eines neuen SGB VIII und legt die Arbeit der Jugendsozialarbeit direkt oder indirekt betreffenden Normen in einem Papier dar.

Die Stellungnahme des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit erhalten Sie hier:

https://gallery.mailchimp.com/7fc6abe2bec0d7f982b0cadfb/files/3a6d0ef4-79d9-4534-bd5c-6271899ca0a8/_Final_Kommentierung_SGB_VII_Reformbedarf_KV_JSA_2019_02_08.pdf

Bildung

Bund und Länder einigen sich: „Digitalpakt Schule“ kommt

Bund und Länder haben sich im Vermittlungsausschuss geeinigt. Somit konnte der Bundestag kürzlich das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes verabschieden (Neufassung Artikel 104c GG). Dieses ist Voraussetzung dafür, dass der Bund die Länder finanziell bei ihren Bildungsaufgaben unterstützen kann. Ein Kompromiss für die von den Ländern kritisierten Kontrollrechte des Bundes wurde gefunden. Die Bundesregierung darf nun im Bildungsbereich von den Ländern Berichte und anlassbezogen die Vorlage von Akten verlangen, um die zweckentsprechende Mittelverwendung zu gewährleisten. Zudem wurde die „50:50-Regelung“ gestrichen. Die finanzielle Beteiligung der Länder an künftigen Bundesprogrammen im Bildungsbereich, sozialen Wohnungsbau und zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs muss nicht mehr in gleicher Höhe der Bundesmittel sein. Es heißt nun, dass die Mittel des Bundes zusätzlich zu eigenen Mitteln der Länder bereitgestellt werden (Artikel 104b GG). Insgesamt wird der Bund für den Digitalpakt Schule fünf Milliarden Euro in fünf Jahren zur Verfügung stellen, davon 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Die Grundgesetzänderung muss noch vom Bundesrat verabschiedet werden.

Weitere Informationen unter: <https://bildungsklick.de/schule/meldung/vermittlungsausschuss-erzielt-einigung-zur-grundgesetzaenderung/> und <https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/digitalpakt-schule-kommen>

Ute Erdsiek-Rave: Planungsrahmen für inklusive Bildung ist notwendig

Im Interview mit bildungsklick.de kritisiert Ute Erdsiek-Rave, Vorsitzende des

Expertenkreises Inklusive Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission und ehemalige Bildungsministerin Schleswig-Holsteins, dass Inklusion im deutschen Bildungssystem noch nicht der Normalfall ist. Es sei vielfach belegt, dass Förderschulen ihre Schüler/-innen mehrheitlich nicht zu qualifizierenden Abschlüssen führen, Kinder und Jugendliche an diesen Schulen also nicht für den Arbeitsmarkt und ein selbstbestimmtes Leben gebildet werden. Das sei weder für den einzelnen jungen Menschen gut noch für den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem. Die Schaffung eines langfristigen Planungsrahmens für ein inklusives Bildungssystem, die Ausstattung aller Schulen mit einer verlässlichen pädagogischen Grundausstattung, die Entwicklung von Förderschulen zu Förderzentren und die Verankerung von Multiprofessionalität in der inklusiven Bildung seien notwendig. Dies entspricht den Empfehlungen der UNESCO-Kommission für ein inklusives Bildungssystem.

Vollständiges Interview und UNESCO Empfehlungen unter: <https://bildungsklick.de/schule/meldung/vereinheitlichung-ist-fuer-viele-ein-reizwort/> und https://bildungsklick.de/fileadmin/user_upload/www.bildungsklick.de/Bilder/___Einzelne_Bilder/2019/02_2019/Empfehlungen_Inklusives_Schulsystem.pdf

Migration & Flucht

Ankommen im deutschen Bildungssystem

Die BAMF-Kurzanalyse 2/2019 beschäftigt sich mit dem Ankommen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im deutschen Bildungssystem. Unterbrochene bzw. unvollständige Bildungsbiografien, familiäre und psychische Belastungen sowie fehlende Deutschkenntnisse und Ressourcen lassen geflüchtete Minderjährige hinter Kinder und Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund im Bildungssystem zurückfallen. Ein Großteil der geflüchteten Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter besuchte zum Befragungszeitpunkt eine allgemeinbildende oder eine Berufsschule. Die Beteiligung am Bildungssystem ist demnach bereits nach der kurzen Aufenthaltsdauer weitestgehend geglückt. Besonders gut gelang vor allem Geflüchteten aus Syrien die Platzierung in der Sekundarstufe, besonders schlecht dagegen geflüchteten Jugendlichen aus (Süd-)Osteuropa. Nähere Informationen hierzu unter: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2019-ankommen-im-deutschen-bildungssystem.html?nn=1367522>

Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung

Eine umfangreiche Befragung von Geflüchteten durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt deutliche Integrationsfortschritte. Rund ein Drittel der Geflüchteten besaßen 2017 demnach gute oder sehr gute Deutschkenntnisse. Im Jahr 2016 lag dieser Anteil erst bei 18 Prozent. Die Hälfte hatte 2017 an einem Integrationskurs teilgenommen im Vergleich zu einem Drittel im Jahr 2016. Rund ein Zehntel der Geflüchteten besuchte 2017 Schulen, berufliche Bildungseinrichtungen, Hochschulen oder Universitäten, im Vergleich zu 6 Prozent im Jahr 2016. Etwa 20 Prozent der 2015 zugezogenen Geflüchteten gingen 2017 einer Erwerbstätigkeit nach. Bis Oktober 2018 stieg dieser Anteil auf 35 Prozent. Den IAB Kurzbericht können Sie herunterladen unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb0319.pdf>

Gemeinsam für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik in der EU

Am 6. und 7. März 2019 trafen sich zivilgesellschaftliche Akteure aus Deutsch-

land, Frankreich und weiteren EU-Staaten zum Thema „Asyl und Migration: Eine Schlüsselfrage für Europa“ in Paris. Die Konferenz diente als Plattform für zivilgesellschaftlichen Austausch und wurde dazu genutzt, gemeinsam Überlegungen zu Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik anzustoßen. Zum Abschluss der Konferenz verabschiedeten deutsche und französische Verbände und Flüchtlingsorganisationen – darunter der Deutsche Caritasverband – die „Pariser Erklärung“. Die Unterzeichnenden treten gemeinsam für das individuelle Recht auf Schutz und Asyl, eine menschenrechtsbasierte Aufnahme von Zuwanderern und Zuwanderinnen sowie für Demokratie und Vielfalt in Deutschland, Frankreich und der EU ein. Die Erklärung finden Sie unter: https://www.meine-caritas.de/files/newsletters/9eda499f-9a44-4a46-9839-fa985421d29a/681057a3-5983-4519-88e4-e7a79f34489b/documents/Pariser%20Erklärung_mit%20unterzeichneten%20Organisationen.pdf

Mädchen & Frauen

Studie zum Weltfrauentag: Deutsche sehen Männer immer noch im Vorteil

Auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bestehen nach wie vor große Hürden, so die einhellige Meinung eines Großteils der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig spielen gleichstellungspolitische Fragestellungen im Leben der Bundesbürger/-innen eine schwindende Rolle. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos in Zusammenarbeit mit dem »International Women's Day« und dem »Global Institute for Women's Leadership« anlässlich des Weltfrauentags. Die Ergebnisse sind zusammengefasst unter: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-03/ipsos-pi_international_womens_day_mar2019.pdf

Equal Pay Day am 18. März

Der nächste Equal Pay Day findet am 18. März 2019 statt. Noch immer beträgt die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen 21 Prozent. Schwerpunktthema der Equal Pay Day Kampagne 2019 ist darum die Aufwertung weiblicher Erwerbsarbeit. Einen guten Artikel zu „Deutschlands erbärmlichen Rückstand bei der Gleichstellung“ finden Sie unter:

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-01/gender-pay-gap-gleichstellung-deutschland-fratzschers-verteilungsfragen>

Bahnhofsmission

Abgehängt und ausgegrenzt. Bahnhofsmission auf dem Caritaskongress

Mit einer Exkursion zur Bahnhofsmission am Ostbahnhof am Donnerstagvormittag beteiligt sich der Fachbereich Bahnhofsmission von IN VIA am Caritaskongress Ende März in Berlin. 15 Teilnehmerinnen interessieren sich für die Arbeit der Bahnhofsmission und nehmen an einem Workshop zum Monitoring unter der Leitung von Hedwig Gappa-Langer und Gisela Sauter-Ackermann teil.

Arbeitshilfe „Dezentrale Veranstaltungen zur Pastoral der Bahnhofsmission“

Mit konkreten Themenvorschlägen, Formatideen und Hinweisen auf mögliche Referenten und Referentinnen möchte die Bundesgeschäftsstelle die Verantwortlichen in den Bahnhofsmissionen dazu anregen, in Veranstaltungen vor

Ort und in den Regionen das von Bernd Lutz herausgegebene Buch „Mittendrin. Bahnhofsmision – vielfältig wie das Leben. Mit Beispielen pastoraler Praxis“ zu präsentieren und dadurch fruchtbar zu machen. Ziel der Buchpräsentationen, Diskussionsrunden oder Gesprächskreisen ist, die Aufmerksamkeit für das pastorale Profil der Bahnhofsmisionen in der kirchlichen Öffentlichkeit zu erhöhen. Auf diese Weise könnte mehr Unterstützung und eine bessere Vernetzung im Raum der Kirchen für die Arbeit der Bahnhofsmision gewonnen werden. Bei Interesse ist die Arbeitshilfe in der Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmision in Berlin erhältlich.

Neue Programme & Projektausschreibungen

bpb-Ausschreibung: Modellprojekte zu „Migration - Integration - Teilhabe“ gesucht

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert ab dem 1. Juli 2019 Modellprojekte zu den Themenschwerpunkten Migration, Integration und Teilhabe. Die Zuwendung beträgt mindestens 20.000 Euro und maximal 70.000 Euro pro Modellprojekt. Bewerbungen können bis zum 30. April 2019 eingereicht werden unter: www.bpb.de/ausschreibung-integration

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ab 2020

Ab Ende Mai beginnen erste Interessenbekundungsverfahren für die Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ab 2020. Interessierte können sich bewerben, um sich nachhaltig für Demokratie und Vielfalt zu engagieren. Nähere Informationen zum Verfahren und die dazugehörigen Formulare und Unterlagen werden auf der Website „Demokratie leben!“ zur Verfügung gestellt: <https://www.demokratie-leben.de/startseite.html>

Termine & Tagungen

Doppelveranstaltung „Schule für alle“ am 2./3. April in Fulda – Anmeldungen bis 21.03.2019

Netzwerker/-innen, Unterstützer/-innen der inklusiven Bildung sowohl aus der Kinder- und Jugendhilfe als auch aus Schulen sowie Schüler/-innen als Expert(inn)en in eigener Sache sind eingeladen zur Doppelveranstaltung „Schule für alle“ am 2./3. April in Fulda. Am ersten Tag findet ein Workshop zum Projekt „Schule für alle“ statt. Der zweite Tag ist als Fachtagung konzipiert, in der Bilanz gezogen und Perspektiven eröffnet werden. Die Teilnahme ist sowohl für eine einzelne Veranstaltung als auch für beide Tage möglich. Anmeldeschluss ist der 21. März.

Einladung und Anmeldeformular finden Sie im Anhang zu diesen Nachrichten.

Web-2.0-Werkstatt: „Fake News, Shit Storms, Clicktivism - alles schlecht im Web 2.0?“ vom 10. - 12. Mai 2019 in Magdeburg

Die Web-2.0-Werkstatt des Pressenetzwerks für Jugendthemen e.V. (PNJ) am 10.-12.5. in Magdeburg vermittelt den fachgerechten und sinnvollen Umgang mit den sozialen Netzwerken. Zwei Referenten zeigen anhand praxisnaher Beispiele und direkt an Projekten der Teilnehmer/-innen, wie soziale Netzwerken funktioniert. Sie erklären Technik und Tools, geben Tipps und zeigen Tricks und helfen so beim digitalen Austausch zwischen den Generationen.

Ausführliche Informationen unter:



<https://www.pressenetzwerk.de/veranstaltungen/bildung/web-2-0-werkstatt/>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB): Angebote des „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) bietet Veranstaltungen zu den Themen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und islamistischer Extremismus und zeigt dabei (pädagogische) Handlungsstrategien auf. Ganztägige Fortbildungen und Vorträge für Erwachsene sind möglich, ebenso wie Projektstage für Schulklassen. Alle Veranstaltungen werden von freien Mitarbeiter/-innen der LpB vor Ort und kostenfrei durchgeführt.

Weitere Informationen unter: <https://www.team-mex.de/>

Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen - Intensivseminar vom 22. - 23. Mai 2019 in Münster

Für die Fortbildung „Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen“ vom 22. bis 23. Mai 2019 in Münster werden ab sofort Anmeldungen entgegen genommen. Psychische Erkrankungen sind in der Kinder- und Jugendhilfe ein Phänomen mit dem pädagogische Fach- und Führungskräfte zunehmend konfrontiert werden. Die Anforderungen, die in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen zu bewältigen sind, sind zahlreich. Nicht nur die Kinder und Jugendlichen benötigen professionelle Unterstützung, sondern auch deren Eltern und Angehörige. Das Seminar bietet einen fundierten Einstieg in das Thema. Anhand zahlreicher Fallbeispiele werden Handlungsszenarien entwickelt.

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://www.ijos.net/fortbildungen/ijos-seminare/best-practice/281-psychische-erkrankungen-bei-kindern-und-jugendlichen.html>

Literatur- & Webtipps

Was braucht Schule für das 21. Jahrhundert?

Was ist die Aufgabe von Schule, wenn Wissen digital vorliegt und mit einfachen Tests abgefragt werden kann? Welche Eigenschaften und welches Wissen soll sie vermitteln? Diese Fragen stellt PISA-Initiator Andreas Schleicher in „Weltklasse – Schule für das 21. Jahrhundert gestalten“. Er erläutert darin seine Vorstellung zum Umbau von Schulsystemen, entlarvt Bildungsmythen und zeigt zahlreiche Beispiele für die Neugestaltung von Schule. Dabei geht es ihm nicht um vorgefertigte Lösungen aus anderen Schulen bzw. Ländern, sondern um die ernsthafte Auseinandersetzung mit Best-Practice-Projekten, um herauszufinden, was unter welchen Bedingungen funktioniert.

Quelle: <https://bildungsklick.de/schule/meldung/was-braucht-schule-fuer-das-21-jahrhundert/>

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

Bitte fordern Sie bei Interesse die detaillierten Ausschreibungen über das Formular „Fax-Bestellservice“ an. Dazu tragen Sie bitte den jeweiligen Titel ein. Sie erhalten dann den Ausschreibungstext per E-Mail zugeschickt.

IN VIA Akademie Paderborn

- Workshop Medienpädagogik – Medienpädagogische Methoden für die Kinder- und Jugendarbeit, Abschnitt 1 02.04. - 03.04.2019 und Abschnitt 2 am 07.05.2019, www.invia-akademie.de
- KIDZELN – Kindern Demenz erklären – in Kooperation mit dem Caritasverband Erzbistum Paderborn, Abschnitt 1 am 03.05.2019 und Abschnitt 2 am 17.05.2019, www.invia-akademie.de

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- Die Kunst, erfolgreich Gespräche mit Mitarbeiter/-innen zu führen, 03.06. – 05.06.2019 in Freiburg
- Gesunde Führung – gesunde Organisation, Kurs in 2 Abschnitten von Juni bis November 2019

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen, die Sie über www.caritas-akademien.de finden. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: www.invia-akademie.de.



IMPRESSUM:
IN VIA Katholischer Verband
für Mädchen- und Frauen-
sozialarbeit Deutschland e.V.
Karlstr. 40, 79140 Freiburg
Redaktion: Marion Paar
Regina Razzaq

Redaktionsschluss der näch-
sten Ausgabe: 27.03.2019

Berichte an:
regina.razzaq@caritas.de